

Schleswig-Holsteinscher Landtag
Umdruck 15/3202

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

28. März 2003
Tel.: 040/2858-204
Fax: 040/2858-200
Email: ellen.woll@dgb.de

**Entwurf eines Gesetzes über die Studiengebühren an staatlichen Hochschulen
des Landes Schleswig-Holstein (Studiengebührengesetz - StudienGebG)**
Drucksache 15/2351

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem o.g. Gesetzentwurf nehmen wir im folgenden kurz Stellung:

DGB und Gewerkschaften lehnen die Einführung von Studiengebühren ab. Wir sind der Auffassung, dass, wer studieren will, dies auch können muss, ohne dass dies von der jeweiligen Einkommenssituation abhängig sein darf. Gerade unter dem Aspekt, dass insgesamt in Deutschland die Anzahl der Studierenden erhöht werden muss, halten wir Studiengebühren für kontraproduktiv und auch dem Ziel der Schaffung von Chancengleichheit in keiner Weise dienlich.

Wir bitten die Mitglieder des Bildungsausschusses, dem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen
Ellen Woll